Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.75. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Fernspr. Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW 7, Dorotheenstraße 32. Tel. I, Nr. 9275.
Dresdner Redaktions-Bureau: Dresden-A., Königstr. 26, Tel. I, Nr. 4583.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf.
Familien-, Gesetzungs- und Stellen-Anzeigen 20 Pf.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen und Extrabeilagen nur in der Morgen-Ausgabe
Schluß der Annahme nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei Johannisgasse.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Filial-Expedition: Berlin, Lützowstr. 10. Dresden, Marienstr. 34.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & M. Klinkhardt).
Herausgeber: Dr. Bruno Klinkhardt.

Nr. 495. — Donnerstag 28. September 1905. — 99. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der „Petit Parisien" versichert, daß der italienische Minister des Auswärtigen Tittoni morgen in Baden-Baden mit dem Reichskanzler Fürsten Bülow eine Konferenz haben werde.

* Nach dem „Temps" erklärt das Marokko-Abkommen, daß die Entscheidungen der Konferenz sich nicht auf die Grenzgebiete Marokkos erstrecken könnten, wo Frankreich direkte Abmachungen mit dem Sultan habe. Es betont, daß die von Deutschland abgeschlossenen Verträge über die Mole von Tanger und die Zehnmillionen-Anleihe keinen Präzedenzfall bilden könnten. Die zu schaffende Staatsbank werde diese Operationen absorbieren. Algeciras wird als Konferenzort vorgeschlagen. Die für notwendig erkannten Polizei- und Finanzreformen werden von der Konferenz geregelt, wobei Einstimmigkeit erforderlich ist. Die von der Konferenz beschlossenen Maßnahmen behalten nur drei Jahre lang Gültigkeit.

„Matin" berichtet aus Wyborg, daß die Zarenjacht mit der Zarenfamilie gestern Nachmittag abgedampft ist.

* Der Vizepräsident der ungarischen Unabhängigkeitspartei, Polonyi, hat einen Korrespondenten der „N. Fr. Pr." ermächtigt, zu erklären, der unbeugsame Wille des Kaisers gegen die Armeeforderung Ungarns sei auf das direkte Eingreifen der deutschen Regierung zurückzuführen.

* Die am Dienstag erfolgte Antwort der Pforte auf die zweite serbische Note gibt der Hoffnung Raum, daß der Zwischenfall durch beiderseitiges Einverständnis bald beigelegt wird.

* Der „Frankfurter Zeitung" wird aus Tientsin gemeldet, daß gestern im Auswärtigen Amt in Peking Prinz Tsching und die Vertreter der Signatarmächte des Pekinger Schlußprotokolls von 1901 das Abkommen über die Korrektion des Hwangpuflusses unterzeichnet haben.

Der Wiener Arbeiterversicherungskongress.

Der siebente internationale Arbeiterversicherungskongreß ist in der Tagespresse weniger beachtet worden, als die festliche Einleitung unter dem Ehrenvorsitz des früheren Ministerpräsidenten Dr. von Koerber wahrscheinlich gemacht hätte oder die persönliche Auszeichnung, die mindestens zwei der Delegierten gebührte und gebührt, dem Geheimrat Dr. Boedeker und Herrn Millerand. Im deutschen Reich und in Oesterreich ist die Zwangsversicherung durchgedrungen; in allen sonstigen Ländern setzt das Prinzip nur mühsam sich durch, und die Gesetzgebung ist nicht weiter vorgeschritten, als sie in Deutschland zur Zeit des Haftpflichtgesetzes, vor dem Beginn der ganzen Reform, war. Man konnte den Begrüßungsreden, etwa der des Vertreters der Union entnehmen, welchen Widerhall das Vorbild der deutschen Sozialpolitik im Ausland gefunden hat, und welche propagandistische Kraft dem in seinem Ursprungsland angefeindeten Gedanken noch innewohnt. Trotzdem war der diesjährige Kongreß auch der Kritik gewidmet, derselben Kritik, die zu scheuen die Arbeiterversicherung durch einen unsinnigen Angriff in der Debatte beschuldigt worden ist. Zum ersten Male nahmen Vertreter der Arbeiterschaft an den Beratungen teil, denen deshalb leicht der Zweck sozialer Exclusive hätte untergeschoben werden können, dem zu dienen sie durchaus nicht imstande waren. Sie gelten der Theorie; und der Theorien genug sind sich auch in Wien begegnet. Man hatte das französische System der freien Selbsthilfe neben dem obligatorischen Staatssystem; beide suchten sich über mögliche Verlegungen der Grenze klar zu werden. Im Brennpunkt der Diskussion befand sich, wie das zu erwarten war, die Frage der Vereinheitlichung und Vereinfachung der Versicherungsgattungen, die mitunter irrtümlich als Frage der Auseinandersetzung zwischen feindlichen Organisationsformen aufgefaßt wurde. In der Frage der internationalen Unfallstatistik steht nun fest, daß ihre Resultate wegen ihrer Verschiedenheit versicherungstechnisch zunächst nicht zu benutzen sind; dennoch bleiben viele für alle Nationen gültige Probleme, zu deren Studium der siebente Arbeiterversicherungskongreß eine zwischenstaatliche Kommission eingesetzt hat, der er aufträgt, sich mit dem internationalen Statistischen Bureau in London zu verständigen. Große Kontroversen hat die heikle Frage der Einschätzung der Invaliditätsgrade, die durch Unfälle verursacht worden sind, hervorgerufen; man hat mehrere Methoden proponiert, die Schätzung nach der tatsächlichen Veränderung des Arbeitsverdienstes und individuellere Prinzipien. „Systematische" Erhebungen über die ökonomischen Verhältnisse der Rentenbezieher sind gewünscht worden; es ist natürlich, daß hierzu eine außerordentlich intelligente Beamtenschaft gehören würde. Der Dienst der Aerzte innerhalb der Arbeiterversicherung soll eines der Themen für den nächsten Kongreß, der in Rom tagen wird, sein; schon diesmal haben deutsche Delegierte, die über die freie Arztwahl berichteten, präludiert. Man hat ferner die Errichtung von Lehrstühlen der sozialen Medizin, die Wöchnerinnen-Versicherung und die Heranbildung von Beamten für die soziale Versicherung auf die Tagesordnung gestellt.

Außer Herrn Millerand war auch der Mutualist Leopold Mabilleau als Delegierter Frankreichs in Wien erschienen, und französische Journalisten sind den Beratungen gefolgt, die sie in höchst charakteristischer Weise besprochen haben. Das Pariser „Journal" hatte einen Herrn Jean Hebrard entsandt, der für seine Heimat den Titel in Anspruch nimmt, sie habe vielleicht noch zu kodifizieren, aber nicht mehr zu schaffen. Die Berichte für Italien, die Schweiz und Belgien werden als Empfehlungen des französischen Prinzips angelegt und als Dokument einer „Gemeinsamkeit der Rasse, der Tradition, der Geistigkeit und des Fortschritts." Nichtsdestoweniger spürt man den Eindruck, den Boedeker bei den Ausländern hinterlassen hat. Er wird ein „jovialer, lächelnder Bismarck" genannt. Die stolze Rede wird zitiert, worin er sagte, die deutsche Bevölkerung sei aus dem Kleid der gegenwärtigen Arbeiterversicherung wohl etwas herausgewachsen, aber diese werde nur zusammen mit dem Deutschen Reiche untergehen; sie bedürfe einer Reform, aber sie mehre Deutschlands Macht und befestige die unteren Klassen. Auch Dr. Boedeker weist die Argumente der Versicherungsgegner nicht ab, die das Schlagwort vom „Rentenhunger" erfunden haben; er wendet sich gegen das Markensystem und gegen das System der Kotisation und Kapitalisation, deren jedes im französischen Entwurf enthalten ist. Aber trotz alledem ist, wie der französische Journalist nicht ohne Niedergeschlagenheit herausgemerkt hat, Deutschland nicht gewillt, die Führerschaft in den Versicherungsgesetzen an andere Nationalitäten abzugeben. In Wien hat das Dr. Freund ausdrücklich proklamiert, mit derselben Absicht, in der 1897, auf dem Kongreß von Brüssel, Dr. Boedeker den Delegierten der übrigen Staaten zugerufen hat: „En voiture! en voiture!" Auch Herr Mabilleau mußte, wie das der Exsozialist und ehemalige Handelsminister Millerand getan hat, die deutsche Hegemonie sachlich billigen; er suchte ein Kompromiß aus Versicherungszwang und Wahlfreiheit zwischen den Versicherungswegen. Die Formel ist nicht neu; sie ist schon 1902 von dem Franzosen Paulet, der auch in Wien zugegen war, auf dem Düsseldorfer Kongreß in äußerlicher Dialektik begründet worden. Zu der Wirkung, daß die dreifache deutsche Versicherung gegen Unfall, Krankheit und Invalidität, auch in Wien sich behauptet hat, hat Herr Millerand in persona wesentlich beigetragen. Er hat ausgeführt, daß, wer an der tiefen Anhänglichkeit der deutschen Bevölkerung für das Versicherungswerk zweifle, überhaupt nicht in Deutschland gewesen sein müsse. Der „kolossale" Organismus ruhe auf einer Erfahrung von 15 Jahren; er habe den „Pauperismus" in Deutschland gemäßigt, seine Unvollkommenheiten seien nebensächlicher Natur. Daß er Finanzlasten erfordere, sei selbstverständlich. Für Frankreich scheint Millerand die Trennung der Invaliditätsversicherung von der Altersversicherung und ihre Ueberlassung an die mutualistischen Vereine diskutabel, aber nur wegen seiner sozialen Konstitution, die Deutschlands Staat und Deutschlands Waffen nicht kennt. Man wird mit Aufmerksamkeit zu verfolgen haben, wie Millerand in der gesetzgeberischen Praxis seinen deutschen Aufenthalt verwerten wird; daß seine Einsicht von der deutschen sozialdemokratischen Presse beachtet wird, ist nicht wahrscheinlich, denn sie hat seinen Besuch nach Kräften verschwiegen.

Das englische Asien.

Ueber die Stellung des Deutschen Reiches zur Publikation des englisch-japanischen Vertrages ist in der „Kölnischen Zeitung", die autorisiert sein dürfte, zu lesen: „Es herrscht darin volle Uebereinstimmung, daß die Wahrung der territorialen Unverletzlichkeit Chinas der beste Weg ist, alle Streitigkeiten aus dem Wege zu räumen, die entstehen müssen, sobald jemand versucht, Sondervorteile für sich zu erreichen, welche die Selbständigkeit des Reichs der Mitte verletzen. Man darf allerdings sagen, daß sich nicht sehen läßt, wer in der nächsten Zeit Lust haben sollte, an der bestehenden Ordnung der Dinge in Ostasien zu rütteln, aber trotzdem bietet das Bündnis eine neue feierliche Gewähr für die Ruhe und den friedlichen Wettbewerb des Handels und der Schiffahrt. Deutschland hat so oft seinen ernsten Willen kundgetan, diese Bahnen zu wandeln, daß Fürst Bülow, als ihm gestern der japanische Gesandte, wie es früher schon von englischer Seite geschehen, amtlich den Inhalt des neuen Bündnisses mitteilte, namentlich in diesem Sinne sich über die Ziele des asiatischen Zweibundes hat äußern können. Jedes Volk soll den Platz an der Sonne erhalten, den es sich durch seine kulturelle Arbeit erwirbt, nicht der Soldat, sondern der Kaufmann soll sich im fernen Osten beteiligen — das ist der Sinn, in dem wir dieses Bündnis auffassen." Aus dem Chor der Londoner Presse, der diese Interpretation der Klautschoupolitik nicht glauben und an das deutsch-englische Chinaabkommen von 1900 nicht erinnern wird, sind weitere Erklärungen hervorzuheben. Das Abendblatt „Star" schreibt: „Wir stimmen mit der „Times" darin überein, daß der Vertrag eine ernste Abweichung von der traditionellen Politik Großbritanniens bedeutet. Wir haben bisher unser Gebiet stolz mit dem eigenen Schwerte geschützt. Der Mittag ist vergangen, am Ende eines imperialistischen Regimes ist die römische Unabhängigkeit Englands endlich aufgegeben, es hat sich herabgelassen, für den Frieden und Bestand des Reiches fremde Sicherheit zu suchen oder anzunehmen. England hält Indien nicht länger durch alleinige Stärke seines eigenen rechten Armes. Der durch militärische Probleme gequälte müde Titane wendet seine ermüdeten Augen der jungen Macht Japans zu. Japan wird zu Hilfe kommen, wenn Rußland Indien angreifen sollte. Die Tatsache, daß diese Gefahr in lächerlicher Weise ferner liegt als je, vermindert unsere Demütigung nicht. Bei tausend Alarmfällen, als die Tüchtigkeit von Rußlands Legionen noch eine ungeplatzte Seifenblase war, haben wir die Pforte Indiens allein bewachen können. Nun da Rußland in tiefste Ohnmacht gesunken ist, gehen unsere Nerven nach. Wir wenden uns schwächlich um Schutz zu einer geilen Rasse." Die „Westminster Gazette" schreibt: „Wir hoffen sehr, daß Rußland Lansdownes Mitteilung an den englischen Botschafter in Petersburg, worin er erklärt, die Ziele der britischen Regierung seien rein friedlich und keineswegs den russischen Interessen feindlich, gut aufgenommen haben wird. Wie aus einer Fußnote hervorgeht, wurde eine gleichlautende Mitteilung auch an den englischen Botschafter in Paris geschickt. Wir hoffen nicht daraus schließen zu sollen, daß nicht auch nach Berlin eine Depesche geschickt worden ist, welche der deutschen Regierung passende Erklärungen gibt. Wir haben kürzlich gesehen, was für unliebsame Folgen entstehen können, wenn solche formelle freundliche Mitteilungen eines neuen Abkommens unterbleiben. Deutschland bleibt als vierte Macht mit Interessen in Ostasien ist, wie wir hoffen, gehörig informiert worden." Der „Morning Leader" schreibt: „Wir können nicht einsehen, warum die Anerkennung von Englands Herrschaft über Indien, das es schon fast 200 Jahre besetzt hält, ein vollständiges Aequivalent dafür sein sollte, daß Japan der Besitz Koreas garantiert wird, für dessen Integrität England der Welt gegenüber vor drei Jahren so lebhaftes, unerschöpfliches Interesse zeigte." Der „Telegraph" meint, die Worte „militärische Maßregeln in der Nähe der indischen Grenze" seien vielleicht absichtlich ungenau gewählt, damit kein Anlaß in einer Drohung darin enthalten sei. Alle Welt wisse aber, daß diese Nähe Afghanistan, Seistan, sowie die südliche Hälfte Persiens bedeute. Vielleicht könne England jetzt noch durch ein Einvernehmen mit Rußland zu größerer Präzision in diesem Punkte kommen.

Im übrigen wird uns aus London noch geschrieben: Für den parteipolitischen Sinn der Preßagitation um Lansdownes asiatische Politik ist ein Artikel der „Morningpost" bezeichnend, die verlangt, England müsse nunmehr ohne Säumen seine Heeresreform vollziehen. Die andere Seite vertreten die „Daily News", die ganz erbittert sind und sagen, diese Tat des Ministeriums Balfour, das in den letzten Zügen liege, sei ein Akt der Kapitulation Englands, und niemand habe eine Garantie dafür, ob der Erfolg die Schärfe der antirussischen und antideutschen Tendenzen rechtfertige. Der Termin der Publikation und sein Zusammenfall mit der Erwerbung der Flottenstation von Singapore haben den Argwohn erweckt, daß Balfour nun doch für den späten Herbst konservative Neuwahlen inszenieren möchte. Herr Chamberlain wird andere Meinungen haben; denn er baut für seine Tarifreform auf Australien, und dieses, das den verbündeten Japanern die freie Niederlassung keinesfalls gewähren würde, mag nicht sehr entzückt sein. Der „Standard" hat sich, außer dem Artikel des Sir Charles Dilke, drei Leitartikel geleistet, die er schließt, das Abkommen gebe durch die in ihm summierten Streitkräfte eine Sicherheit, die „freundlichen" Nachbarn nur erwünscht sein könne. Denn der „Standard" bringt allen Ernstes Tabellen, die britische und japanische Marine und Landmacht gegen die übrigen Staaten ausspielen. Frankreich, Rußland und Deutschland sollen 94 Schlachtschiffe gegen 69 der Verbündeten besitzen, während Großbritannien und Japan an Panzerkreuzern sehr überlegen sind. Die 1 132 523 Mann britischer und 1 000 000 japanischer Truppen werden in 2 132 523 Mann abgewert; Rußland hätte 4 550 000, Deutschland 4 017 977, Frankreich 3 339 400 Mann. Der Admiral Sir Cyprian Bridge sucht zu demonstrieren, Französisch-Indochina und Holländisch-Indien seien nie besser geschützt worden. Dem entspricht die arglose Sentenz des japanischen Botschafters Hayashi, der von einer „sure guarantee of peace" erzählt.

Politische Tagesschau.

Leipzig, 28. September.

Der Arbeitskampf in der Elektrizitätsindustrie.

In der Berliner Elektrizitätsindustrie spielt sich ein Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern ab, dessen Folgen sich durch das wahrscheinliche Ueberspringen dieses Lohnkampfes auf andere industrielle Gebiete noch nicht übersehen lassen. Vorläufig ist das Eine sicher: Kommt bis zu Sonnabend eine Einigung nicht zu stande, so werden durch die — infolge eines partiellen Streiks einzelner Arbeitergruppen — bedingte Aussperrung gegen 40 000 Arbeiter brotlos. Die Maßregel der Aussperrung der Arbeiter in der Elektrizitätsindustrie würde dann weiter mit einem Streik der Arbeiter der Maschinisten und Heizer der großen Berliner Kraft- und Lichtzentralen beantwortet und hieran sich wieder die Schließung anderer großer Maschinenbetriebe anschließen — kurz, es steht eine Art Massenstreik bevor. — Der Ausgangspunkt dieser Bewegung ist die erhöhte Lohnforderung der Packer- und Lagerarbeiter bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und die der Schraubendreher bei Siemens und Halske. Die Forderungen wurden anfänglich abgelehnt, worauf jene Arbeitergruppen in den Ausstand traten. Die genannten Firmen erklärten sich jedoch zu Verhandlungen bereit. In ihrem Verlauf erhöhten, wie von seiten des „Vorwärts" selbst zugestanden wird, die Direktionen jener Firmen ihr ursprüngliches Angebot und boten den Schraubendrehern statt der zunächst zugebilligten 5 Proz. 7½ Proz. Lohnerhöhung für eine Anzahl von Positionen, sie gestanden den Arbeitern einen gewissen Einfluß bei den Tarifpositionen zu, versprachen, unbedingt keinen der Streikenden oder Ausgesperrten zu maßregeln — und dennoch lehnten die Streikenden alle von der Direktion gemachten entgegenkommenden Vorschläge ab! — Die Elektrizitätswerke sahen sich in die Notwendigkeit versetzt, die Einstellung ihrer Betriebe deshalb anzukündigen, weil durch den Streik der Packer- und Lagerarbeiter wie der Schraubendreher Expedition wie Herstellung der Waren unterbunden war. Es schien, als sollte in voriger Woche noch eine Einigung herbeigeführt werden können; die Streikenden und Ausgesperrten wollten erst den Schluß des Jenenser Parteitages abwarten, um endgültige Stellung zu nehmen. Das Ergebnis war: Obwohl die „Führer" der Streikenden alles taten, um den Streik beizulegen und die Anständigen zur Annahme der Angebote der Direktionen zu bewegen, wurde dennoch das Ultimatum der letzteren abgelehnt, und somit steht — wenn bis Sonnabend keine Einigung erfolgt — die Aussperrung von etwa 40 000 Arbeitern bevor. — Um eine Lohnfrage handelt es sich aber gar nicht mehr, wie heute der „Vorwärts" eingesteht, sondern um die Machtfrage, welche ähnlich auch die früheren Ausstände in der Metallindustrie hervorgerufen hat. Wie damals, so stellt auch jetzt die Sozialdemokratie einen großen allgemeinen Streik der Metallarbeiter nicht nur Berlins, sondern ganz Deutschlands in Aussicht, wenn im Laufe dieser Woche nicht das Gewerbegericht das Amt der Einigung übernimmt und zustande bringt. Die Bewegung soll auch die Grenzen Deutschlands überschreiten: nach sozialdemokratischer Mitteilung haben bereits die Arbeiter der Londoner Filialen der Firmen von Siemens und Schuckert ihre Solidarität mit den Berliner Kollegen erklärt, und werden ebenfalls streiken! Welche weiteren Kreise der Ausstand und die Aussperrung der Elektrizitäts- und Metallarbeiter nach sich ziehen kann, läßt sich, wie gesagt, noch nicht vorausbestimmen. Aber die Sozialdemokratie rüstet sich anscheinend auf einen langen und umfassenden Streik, der namentlich die Reichshauptstadt vor die Erfahrung mit einer Zeitepoche ohne die modernen Hilfsmittel der elektrischen Kraft stellen soll. Danach würde neben dem Versiegen der elektrischen Lichtquellen auch der gesamte Verkehrsbetrieb ins Stocken geraten. — Die Hintermänner, welche bisher die Verhandlungen zum Scheitern brachten, laden die schwerste Verantwortung auf sich, wenn bis Sonnabend keine Einigung zustande kommt.

Der Aufstand in Deutsch-Ostafrika.

Die Nachricht von den blutig abgeschlagenen Angriffen der Wapogoro auf die Station Mahenge ist nicht direkt, sondern auf dem Umwege über Iringa und Nilopa nach der Küste gelangt. Damit wird, wie man den „Hamb. Nachr." schreibt, bestätigt, daß die seit längerer Zeit unterbrochene Verbindung zwischen Mahenge und Iringa wieder hergestellt ist. Bereits bei der Meldung von den Kämpfen, die die Kompagnie des Hauptmanns Nigmann in den halbwegs zwischen beiden Stationen gelegenen Utschungwe-Bergen zu bestehen hatte und nach denen die flüchtigen Aufständischen in der Richtung auf Ifakara — richtiger wohl Fakarra am Ulangafluß — verfolgt wurden, war hervorgehoben, daß Hauptmann Nigmann die Verbindung mit Mahenge suche. Sie scheint nun über Fakarra herbeigeführt zu sein. An diesem Ort führt eine Fähre über den fast 200 m breiten Ulanga oder Kilombero, einen Quellfluß des Rufidji, der die Bezirke Iringa und Mahenge von einander trennt. — Die Wapogoro (auch Upogoro), deren Angriffe Hauptmann von Hassel in Mahenge zurückschlug, gehören zu den Stämmen der Suaheli und bewohnten unter der Herrschaft des Sultans Mlonzola eine Reihe von Inseln in Ulanga, sowie die angrenzenden Gebiete. Die Suaheli haben, wie wir der „Kreuz-Ztg." entnehmen, ihren Ausgangspunkt von den dem Sultanat Witu vorgelagerten Inseln Lamu, Manda und Patta genommen, indem sie die Ostküste besiedelten. Dort fand dann eine Vermischung mit den ursprünglichen Küstenbewohnern statt und nur einzelne Stämme wie die Wapogoro drangen weiter ins Innere vor. An der Küste haben sie vollständig die arabischen Lebensgewohnheiten und Tracht angenommen und sind meist Handelsleute und Karawanenführer geworden, während sie im Innern großenteils dem Ackerbau sich zugewandt haben, zum Unterschiede von den meist nomadisierenden aus Süden vorgedrungenen Zulustämmen, wie den Wahehes bei Iringa. Die Suahelis (auch Wasuahelis genannt) an der Küste gelten als harmlos und leichtlebig, im Innern mögen sie durch die umwohnenden Stämme in die Bewegung hineingezogen sein.

Bei der jetzigen Aufstandsbewegung ist die augenblickliche Anwerbung für die dortige Schutztruppe von besonderer Wichtigkeit. Der „Köln. Ztg." wird darüber mitgeteilt: Das Gouvernement beabsichtigt, 300 Farbige aus Askari in Massaua anzuwerben. Man hofft hierbei weniger reine Sudanesen, als Halbaraber und christliche Abessinier zu bekommen. Bereits seit den letzten Jahren mit arabischen Dhaus auch ohne Anwerbung schon christliche Abessinier in Deutsch-Ostafrika eingetroffen. Es wurden z. B. in die Polizeitruppe zu Tanga durch den dortigen Bezirksamtmann vor 1½ Jahren drei Abessinier als Soldaten eingestellt. Zur Durchführung der Anwerbung fuhr Anfang September der Major v. Schleinitz nach Massaua, und englischen Zeitungsnachrichten zufolge hat er dort schon erfolgreich mit der Anwerbung begonnen. Je mehr tüchtige farbige, in Ostafrika nicht heimische Soldaten unsere Schutztruppe erhält, desto zuverlässiger wird sie erfahrungsgemäß bei ihrer Verwendung gegen die Eingeborenen sein. Es muß hierbei allerdings darauf gesehen werden, daß mohammedanische Soldaten nicht der Propaganda des Islams bei den ostafrikanischen Negern Vorschub leisten und überhaupt nicht einen zu erheblichen Bestandteil der Schutztruppe bilden. Abgesehen von den Ausgaben für die Anwerbung, kosten die eingeführten Soldaten der Verwaltung nur etwa 60 Rupien für den Kopf jährlich mehr als die Eingeborenen.

Indische Verstimmungen.

Aus Calcutta, vom 30. August, wird uns geschrieben: Durch den Plan, die Provinz Bengalen zu teilen, werden die Leute hier noch fortgesetzt in Aufregung erhalten. Soweit aus den bekannt gewordenen Drahtnachrichten zu ersehen ist, macht Herr Brodrick den bisherigen Vizekönig Lord Curzon für diese Absicht verantwortlich. Wen immer die Verantwortung für einen solchen Plan treffen mag, Tatsache ist, daß er Kundgebungen veranlaßt, die zu einem für England unerfreulichen Ergebnis führen können. So wird zum Beispiel Stimmung dafür gemacht, alle aus England eingeführten Waren in geschäftlichen Verruf zu erklären. Es ist freilich recht zweifelhaft, ob diese Maßregel besonders ernst zu nehmen ist, denn der Eingeborene ist zwar mit wortreichen Kundgebungen leicht bei der Hand, er weiß aber dabei sehr sorgsam zu erwägen, wo sein Vorteil liegt. Aus diesem Grunde ist eine zweite Absicht, wenn sie planmäßig durchgeführt wird, schon bedenklicher. Die Eingeborenen wollen die europäische Kleidung gänzlich aufgeben und zu der alten heimischen Tracht zurückkehren, die unter dem Namen „Dhoti" bekannt ist. Daraus konnten die Baumwollspinnereien in Cawnpore Nutzen ziehen. Der „Pioneer" vom 28. v. M. sagt darüber unter anderem, daß unter den in Cawnpore hergestellten Erzeugnissen Dhoti einen ganz hervorragenden Platz einnehme. Tausende von Ballen werden dort jährlich verkauft. Werte nun diese lustige und geschmackvolle Kleidung von den Bürgern einer großen Stadt wieder getragen, so sei zu hoffen, daß die Webstühle in Cawnpore wachsende Beschäftigung erhielten. Der Nachteil für den riesigen englischen Import von Kleidungsstücken aber liegt auf der Hand.

Deutsches Reich.

Leipzig, 28. September.

* **Beleidigung des Königs von Sachsen.** Der Prozeß wegen Beleidigung des Königs von Sachsen durch die Presse, der seit Anfang dieses Jahres gegen den sozialdemokratischen Redakteur und Landtagsabgeordneten Reil anhängig ist, wird nunmehr, wie die „Schw. Tgw." mitteilt, am 2. Oktober

SLUB
Wir führen Wissen.